

## Der Sechs-Milliarden-Dollar-Mythos

Die Diskussion über den Kulturgüterschutz und über Antiken aus Raubgrabungen beruht auf Zahlen, die nie hinterfragt wurden.

Lucas Elmenhorst  
Berlin

**R**aubgrabungen müssen ungeheuer lukrativ sein: Zwischen sechs und acht Milliarden Dollar jährlich soll der Umsatz aus dem illegalen Handel mit Raubgrabungen betragen. Kaum eine Sendung und kaum eine Tagung über Raubgrabungen und den Kulturgüterschutz verzichtet auf diese zunächst beeindruckenden Zahlen. Zutreffend monieren die Berufsverbände des deutschen Münzhandels in einem aktuellen offenen Brief an Hermann Parzinger, den Präsidenten der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, dass bislang weder die Unesco noch die Bundesregierung, noch das Bundeskriminalamt diese Schätzungen belegen konnten.

Bemerkenswert ist allerdings, dass auch viele Journalisten weder diese Zahlen hinterfragen noch prüfen, worauf diese Schätzungen überhaupt beruhen. Auch auf der Berliner Kulturgut-Tagung im Dezember 2014 (HB vom 19.12.2014) argumentierten die Referenten gern mit diesen Angaben, als deren Urheber abwechselnd die Unesco, das FBI, Interpol oder das United Nations Office of Drugs and Crimes (UNODC) genannt werden.

„Damit zählt der Antikenhandel, neben Rauschgift-, Waffen- und Menschenhandel, zu den umsatzstärksten illegalen Erwerbsquellen“, behauptete noch 2011 der Mainzer Archäologe Michael Müller-Karpe, einer der prominentesten Kritiker des Antikenhandels. Vollkommen absurd bemüht auch die Unesco gern immer Vergleiche mit den Umsatzzahlen des gesamten Kunsthandels in Frankreich von rund 1,35 Milliarden Euro, so etwa Edouard Planche, der Verantwortliche für den Kampf gegen illegalen Handel mit Kulturgut bei der Unesco, gegenüber dem Handelsblatt. Dass der Antikenhandel hiervon aber nur einen Bruchteil ausmacht, stört ihn zunächst nicht.

Wer diese Schätzung tatsächlich verfasst hat, bleibt auch auf Nachfrage bei den Beteiligten weiter unklar. Ein Papier der Unesco zur Konvention gegen illegalen Handel mit Kulturgut aus dem Jahr 2013 nennt zumindest eine Quelle: eine einzige Studie von einem Fabio Isman aus dem Jahr 2009. Isman ist ein italienischer Journalist, sein Buch keine Studie mit wissenschaftlichem Anspruch. „Wie Isman auf diese Zahlen gekommen ist, kann ich mir nicht erklären“, bestätigt Planche dem Handelsblatt. „Es ist unmöglich, hierüber belastbare Schätzungen zu erstellen“, erklärt er. „Es handelt sich um falsche Informationen.“ Konsequenterweise verzichtet die Unesco jetzt darauf, die bislang gern zitierten Schätzungen in ihren Publikationen zu nennen.

Die Seriosität dieser Studie zweifelt auch Theodore Leggett von der UNODC offen an. „Ich glaube nicht, dass irgendjemand das Datenmaterial für ei-

ne sichere Schätzung des illegalen Antikenhandels besitzt, und es ist höchst unwahrscheinlich, dass Isman es 2009 hatte.“ Auf Nachfrage möchte nun auch Müller-Karpe nicht mehr zu diesen Zahlen stehen: „Auch dazu habe ich keinerlei eigene Erkenntnisse, die mich zu einer solchen Tatsachenbehauptung berechtigen könnten“, so Müller-Karpe gegenüber dem Handelsblatt.

Den jährlichen Umsatz aller europäischen und US-amerikanischen Antikenhändler beziffert die International Association of Dealers in Ancient Art (IADAA) mit 150 bis 200 Millionen Dollar für das Jahr 2013. Danach müsste der illegale Handel rund das 40-Fache betragen. Zudem liegen die Preise für Antiken in der Regel zwischen 500 Euro und 300.000 Euro, wie der Basler Antikenhändler Christoph Leon erläutert. Spitzenpreise von mehr als einer Million Euro sind nur für Objekte mit fantastischem Erhaltungszustand und zweifelsfreier, exzellenter Herkunft zu erzielen.

Öffentlichkeitswirksam wird zudem regelmäßig behauptet, dass der „Islamische Staat“ seine Terroraktionen über Raubgrabungen und illegalen Antikenhandel finanziere. Beweise dafür gab es bislang nicht. Mitte Juli gab die US-Regierung den Fund von 70 Antiken im Haus eines IS-Führers bekannt. Sein Wert wird je nach Berichterstattung zwischen 2000 und 40.000 Dollar geschätzt. Euphorisch verkündete daraufhin der Kulturattaché der US-Botschaft in Bagdad, Timothy Gerhardson: „Zum ersten Mal haben wir einen klaren Beweis dafür, dass der ‚Islamische Staat‘ Antiken und alte Kunstschätze geraubt und gesammelt hat, um sie auf dem internationalen Markt zu Geld zu machen.“

Keine Frage: Schmutzige Geschäfte mit Antiken aus ungeklärter Herkunft gehören verboten. Der seriöse Handel hat sich deshalb längst auf

Ethikstandards selbstverpflichtet. Was Raubgrabungen aus Syrien und Irak betrifft, gilt es ein absolutes Einfuhrverbot. Gegner des Handels mit Antiken aus ungeklärter Herkunft bedenken leider vor allem einen Punkt nicht: Für die heute meist von Armut beherrschten Bürgerkriegsgebiete in Syrien und Irak machen die astronomischen Zahlen von sechs bis acht Milliarden Euro als Verheißungen auf das schnelle Geld die Raubgrabungen und die illegale Suche nach Antiken erst richtig attraktiv.

Sammler, zunächst aus dem Bereich der Numismatik, wehren sich gegen die Novelle des Kulturgutschutzgesetzes mit einer Onlinepetition (<https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-den-erhalt-des-privaten-sammelns>). Sie sehen die geplanten Sorgfaltspflichten als unrealistisch an und nicht praktikabel. Und beklagen, dass Objekte, die heute auf dem in- und ausländischen Kunstmarkt völlig legal gehandelt werden, als illegal verleumdet werden. Die Hälfte der Unterzeichner unterstützt die Kampagne vom Ausland aus. Deutschlands Kulturpolitik verliert offenbar gerade massiv an Vertrauen.